



Milchviehhalter-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2022 im Saarland

Wir, die Milchviehhalter im Saarland haben an die Politik wichtige Zukunftsfragen. Nach mehreren Milchmarktkrisen in den vergangenen Jahren macht uns Milchbäuerinnen und Bauern die allgemeine Situation auf den Betrieben wirtschaftlich und psychologisch schwer zu schaffen. Unsere Betriebe sind durch die Folgen der Milchmarktkrisen wirtschaftlich nicht in der Lage gewesen finanzielle Reserven aufzubauen. Aktuell drückt uns vor allem die Kostensituation; sowohl Energie, als auch Futter- und andere Betriebsmittel haben sich im vergangenen Jahr deutlich verteuert. Parallel zieht der Milchauszahlungspreis nur sehr verzögert nach und die Preissteigerung ist nicht in der Lage, die zusätzlichen Kosten aufzufangen.

Gleichzeitig steht die Milchviehhaltung vor einem ungebremst fortschreitenden Strukturwandel, der sich in folgenden Zahlen abbilden lässt: Zur Jahrtausendwende produzierten noch gut 2.000 Milchviehbetriebe im Saarland und in Rheinland-Pfalz – im Jahr 2021 waren es nur noch weniger als 1.000. Somit sind in 20 Jahren 50 % der Betriebe weggefallen. Die Politik scheint sich mit dem Zustand abgefunden zu haben, dass der Strukturwandel in jedem Jahr fortschreitet und Milcherzeuger die Hof Tore schließen und nie wieder öffnen. Dies stellt einen immensen Verlust an Kaufkraft gerade im Ländlichen Raum mit den entsprechenden Folgen für den vor- und nachgelagerten Bereich dar.

Ebenso sind wachsende Belastungen auf den bestehenbleibenden Betrieben festzustellen. Dies sowohl in Hinblick auf die finanzielle und betriebswirtschaftliche Situation, die durch die notwendig gewordene Fremdkapitalfinanzierung in vielen Fällen immer bedrohlicher zu werden droht, als auch in Bezug auf die Arbeitsbelastung. Im Gegensatz zur Situation in Nord- und Ostdeutschland wird allerdings der Großteil der Höfe im Saarland im Familienbetrieb geführt. Dies führt zu einer extremen Arbeitsbelastung nicht nur für den Betriebsleiter, sondern vielfach auch für die gesamte Familie. Die nicht zufriedenstellende Einkommenssituation ist dabei neben den nicht adäquat gestiegenen Milchpreisen auch auf Ergebnisrückgänge der Milchviehbetriebe beim Verkauf der Rinder zurückzuführen.

Zur folgenden fünf Themenspektren möchten wir Ihnen einige Fragen stellen:

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter BDM e.V.

1

Geschäftsstelle Freising: Gutenbergstr. 7-9, 85354 Freising, Tel.: 08161-538473-0, Fax: -50

Geschäftsstelle Wittenburg: Steintor 2a, 19243 Wittenburg, Tel.: 038852-9063-0, Fax: -22

I. Milchmarkt

Die Milcherzeuger erleben – neben der permanenten Gefahr von neuen Marktkrisen – aktuell eine schwere Wirtschaftlichkeitskrise ihrer Betriebe. Dies vor allem aufgrund der extremen Preissteigerungen für Hilfs- und Betriebsmittel und den gleichzeitig sehr langsam nachlaufenden Milchauszahlungspreisen. Daher muss – neben einer Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegen Marktkrisen – auch die Marktposition der Milchviehhalter gegenüber der verarbeitenden Industrie gestärkt werden. Die aktuellen Notierungen von Milchleitprodukten zeigen eindeutig, dass die Molkereien bei Spotmilchpreisen von über 50 Cent / kg mehr auszahlen könnten, dies aber offenkundig nicht wollen und bedingt durch die Marktstruktur auch nicht müssen.

Parallel dazu ist der Milchmarkt kein regionaler oder nationaler Markt mehr. Vielmehr muss mindestens von einem EU-Binnenmarkt – wenn nicht Weltmarkt – gesprochen werden. Der BDM hat daher schon seit geraumer Zeit ein Krisenmechanismus vorgeschlagen, welcher in solchen Krisenphasen die Milchproduktion an die nachgefragte Menge anpasst und somit ein Abrutschen des Gesamtmarktes verhindert.

Fragen:

1. Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen zu den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengenbegrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen?
2. Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage in Marktkrisenphasen alleine in der Branche?
3. Wie stehen Sie zur Gründung von „Branchenverbänden/-organisationen“? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende „Branchenorganisation Milch“ zugesprochen bekommen?
4. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen (Artikel 148 GMO) oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?
5. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, die Marktstellung der Milchviehhalter durch die Definition dieser als eigene Branche zu erhöhen (BDM-Sektorstrategie 2030)?

II. Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2020 / allgemeine Agrarpolitik

Die Diskussionen um die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2020 und der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) wurden und werden intensiv geführt. Es geht um die Zukunft unserer ländlichen Räume, der Schaffung von Wertschöpfung und den Erhalt von Arbeitsplätzen – auch und gerade im vor- und nachgelagerten Bereich.

Mit der bisherigen Konzentration der GAP auf die Verteilung von Agrargeldern und der ungenügenden Transformation der aktuellen GAP wird weder die Zielsetzung der Gewährleistung eines entsprechenden Pro-Kopf-Einkommen der BäuerInnen, noch eine Stabilisierung der Märkte für Agrarprodukte erreicht.

Fragen:

1. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2027 neben der langfristigen Sicherung der Agrargelder vor allem auch mit deutlichen Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu befassen?
2. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2027 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten kann?
3. Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme in der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder / Direktzahlungen gelöst werden können? Wie stehen Sie hier zu einer möglichen Kappung oder Degression der Direktzahlungen oder einer stärkeren Förderung der ersten Hektare?

III. Herkunftskennzeichnung / Standardisierung

In Zeiten zunehmender Verbrauchersensibilität sollte eine Herkunftsbezeichnung aller für ein Fertigprodukt verwendeter Bestandteile eine Selbstverständlichkeit sein. Es ist unhaltbar, wenn als Herkunft eines Produkts nur die Stätte des letzten Verarbeitungsschritts, nicht jedoch die Herkunft der einzelnen Bestandteile des Produkts angegeben werden muss. Eine hochwertige Vermarktung der Milchprodukte ist nur dann möglich, wenn deren Zutaten hochwertig sind und die Produkte entsprechenden transparent gekennzeichnet sind.

Gleichzeitig gehen von der Nahrungsmittelindustrie Bestrebungen zu einer höheren Standardisierung und Anforderungen an landwirtschaftliche Produkte aus. Standards, die häufig die Produkte austauschbarer machen und gleichzeitig die Produktionskosten ohne entsprechende Kompensation erhöhen.

Frage:

1. Unterstützt Ihre Partei Bestrebungen für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?
2. Ist Ihre Partei der Meinung, dass sich höhere Standards auch zwingend in den Produktpreisen für landwirtschaftliche Güter ausdrücken müssen?
3. Welche Wege scheinen Ihrer Partei zur Deckung der zusätzlichen Kosten der Standardisierung angemessen und durchsetzbar?

IV. Tierwohl

Das Thema Tierwohl beschäftigt zunehmend auch die Gesellschaft. Oft wird ausschließlich eine biologisch orientierte Landwirtschaft als Garant für eine artgerechte Tierhaltung gesehen. Allerdings stellen die bedeutenden Investitionsanforderungen in Bezug auf den Stallum- und eventuell Neubau vor allem konventionelle wirtschaftende Betriebe vor große Herausforderungen.

Fragen:

1. Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme hin zu mehr Tierwohl finanziert werden und sehen Sie die Vorstellung der Borchert-Kommission hinzu als zielführend an?
2. Wie steht Ihre Partei zur Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labeln?
3. Wie können Milchviehbetriebe, die in einer teilweisen Anbindehaltung (Kombinationshaltung) wirtschaften, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?
4. Wie kann sichergestellt werden, dass Milch aus Kombinationshaltung auch weiterhin im Trinkmilchbereich vermarktet werden kann?
5. Die Schlussfolgerungen der Borchert-Kommission stellen die Nutztierhalter vor große Herausforderungen (Platzanforderungen, Außenklima). Ist nach Meinung Ihrer Partei eine Abstockung der Tierbestände mit diesen Anforderungen verbunden und wie sollen die notwendigen Investitionen bzw. der Einnahmeausfall durch Abstockung finanziert werden?

V. Digitalisierung

Die Digitalisierung spielt auch in der Landwirtschaft eine immer größere Rolle. Neben sich ergebenden Chancen sind allerdings auch Risiken in Hinblick auf Datenhoheit und -sicherheit festzustellen und gegeneinander abzuwägen. Ebenso sind zunehmend hohe Investitionsanforderungen an die – schon heute eigenkapitalschwachen – Milchviehbetriebe zu beachten. Diese Anforderungen binden Kapital, welches auch und gerade für Investitionen in anderen Bereichen, wie beispielsweise dem Bereich Tierwohl, benötigt wird.

Fragen:

1. Welche Chancen und Risiken sehen Sie in der Digitalisierung in der Landwirtschaft?
2. Wie möchten Sie die Datenhoheit und Datensicherheit der betreffenden LandwirtInnen sicherstellen?
3. Wie sollen die zusätzlichen Kosten gerade von kleinen und mittleren Betrieben getragen werden?